Schwäbisch Gmünd

Der Verkehrsminister des Landes möchte ehemalige Bahnstrecken reaktivieren. Im Blick hat er dabei auch die Strecke Gmünd-Göppingen.

Seite 16

Schwäbisch Gmünd

Man war sehr zufrieden mit dem Pächter der Stadtgarten-Gastronomie. Auch Paulaner und Freibad bewirtschaft er – und ist nun insolvent.

Seite 17

Landkreis

Coronabedingt muss das bei Events eingesetzt Schlittenhunderudel von Simone Kaiser eine Pause einlegen. Alle Einnahmen fallen weg.

Seite 20

Weihnachtsmarkt und Eisbahn abgesagt

Stadtverwaltung sieht aufgrund des Pandemie-Geschehens keine Alternative zu diesem Schritt

Da waren sich alle gestern einig: Stadtverwaltung, Mitglieder des Gemeinderats und die Gmünder Touristik- und Marketing GmbH sehen keine Alternative zur Absage des ohnehin schon stark reduzierten Weihnachtsmarkts und der Eisbahn.

Von Gerold Bauer

Die Eisbahn mitten in der Stadt war immer ein tolles Erlebnis – mit Corona-Abstand wäre so ein Getümmel freilich nicht vereinbar. Foto: nb

Der Weihnachtsmarkt hätte ohnehin nur in reduzierter Form stattgefunden – nun kam allerdings die komplette Absage. Foto: gbr

SCHWÄBISCH GMÜND. Mit seiner Begründung für diese Entscheidung rannte Oberbürgermeister Richard Arnold bei allen Fraktionen offene Türen ein. Tenor: Die Entwicklung der Pandemie sei derzeit in keinster Weise abschätzbar, so dass es keinen Sinn mache, darauf zu vertrauen, dass nach vier Wochen Lockdown der Spuk vorbei ist und alle Lokale wieder öffnen und, Märkte usw. stattfinden können. Es sei Betreibern der Marktstände auch nicht zuzumuten, sie in den nächsten Wochen darüber im Unklaren zu lassen, ob der Gmünder Weihnachtsmarkt stattfinden darf oder nicht – auch im Hinblick darauf, dass dafür im vorhin Waren eingekauft werden müssen.

Würde der Lockdown verlängert, wäre eine Eisbahn ohnehin tabu, denn sie würde dann unter das gleiche Verbot fallen wie Vergnügungsparks, Klettergärten, Minigolf-Anlagen etc. Aber selbst ohne Lockdown wäre die Eisbahn aufgrund der Abstandsregeln so limitiert, dass sich nur eine handvoll Personen gleichzeitig aufs Glatteis begeben könnten.

Als Sprecher der CDU und gleichzeitig Repräsentant der Initiative Pro Gmünd dankte Hannes Barth dem Oberbürgermeister für seinen Versuch, in Form eines Briefes an den Ministerpräsidenten doch noch eine Lockerung für die Gastronomie zu erreichen. Die Stadt brauche ein öffentliches Leben, denn Gastronomie und Einzelhandel bilden laut Barth eine Symbiose; sonst kaufen noch mehr Leute ihre Geschenke nur noch Online. Dass man nun den Weihnachtsmarkt und die Eisbahn abgesagt habe, sei zwar bedauerlich, aber nachvollziehbar.

Gabriel Baum (Grüne) räumte ein, dass die von Bund und Ländern beschlossenen Anti-Corona-Maßnahmen nicht jeden zufriedenstellen. Trotzdem sei klar, dass es für die Initiative der Oberbürgermeister und Bürgermeister keine Realisierungschance gebe. Die Schließung im beschlossenen Umfang sei ein wichtiger Beitrag zum Bekämpfung eines diffusen Infektionsgeschehens. Dass man statt der Gaststätten irgendwann wieder Schulen und Kindergärten sowie Läden schließe, könne ja keine Alternative sein. Und Ausgangssperren oder die Isolierung von Senioren wolle wohl auch niemand. Die Absage von Weihnachtsmarkt und Eisbahn werde von den Grünen mitgetragen.

Dr. Uwe Beck betonte namens der SPD, dass er schon länger mit der Absage von Weihnachtsmarkt und Eisbahn gerechnet habe. „Es wäre ja ein kleines Wunder, wenn alle anderen Städte und Gemeinden solche Veranstaltungen absagen und Gmünd nicht. Er begrüße es aber, dass man sich Gedanken mache, alternative Veranstaltungen zu planen, die trotz Corona im Dezember möglich wären.

Sebastian Fritz (Linke) stellte klar: „Die Lage ist wie sie ist – der Weihnachtsmarkt oder die Eisbahn sind unter solchen Bedingungen sinnlos!“ Der Stadtrat regte an, dass man vielleicht wie die Stadt Heubach den Gastronomen eine Plattform bieten könnte, um Straßenverkauf oder Lieferdienste anzubieten.

Karin Rauscher (Freie Wähler Frauen) bedauerte sehr, dass Gastronomie und Kultur vom Lockdown betroffen seien, hob aber im gleichen Atemzug hervor, dass es für eine andere Vorgehensweise keine Rechtsgrundlage gebe. Sie fände es schön, wenn Kinder Laternen basteln, die man dann in der Stadt aufstellen könnte – quasi als Lebenszeichen, dass Gmünd trotz Lockdown eine lebendige Stadt ist.

Brigitte Abele (Bürgerliste) lobte, dass OB Arnold den Brief an den Ministerpräsidenten unterzeichnet habe. Vielleicht könne sich die große Politik ja doch noch umorientieren und zum Beispiel eine Außenbewirtschaftung zulassen.

„An Phantasie fehlt es uns in Gmünd nicht – sobald wir Spielräume haben, werden sie nutzen“, versicherte der Oberbürgermeister und fügte hinzu, dass man in Gmünd die Pandemie sehr ernst nehme. Allerdings wisse man inzwischen mehr über deren Verlauf als im Frühjahr. Der damalige Lockdown habe gezeigt, dass so etwas nicht als ein längerfristiges Anti-Corona-Konzept geeignet ist. Man müsse deshalb davon wegkommen, nur immer pauschal auf die Gesamtzahl der Infektionen zu schauen, sondern sich stattdessen sich darauf konzentrieren, dass die schweren Verläufe richtig behandelt werden können. „Wir müssen gezielt das tun, was effektiv ist!“, so Arnold.

Weniger Fremdvergaben?

Diskussion wird am 18. November im Gemeinderat fortgesetzt

SCHWÄBISCH GMÜND (nb). Intensiv beschäftigten sich die Gemeinderäte des Gmünder Verwaltungs- und Haushaltsausschusses gestern mit der Fremdvergabe/Eigenversorgung im Bereich der Grünpflege, des Winterdienstes und der Reinigung der städtischen Gebäude. Anlass für den Tagesordnungspunkt war der Antrag der Linken, der im Rahmen der Haushaltsberatungen jährlich erfolgt. Das Ziel: Weniger Fremdvergaben.

Den Wunsch, ausführlich über das Thema zu diskutieren äußerten die Linken schon länger, dass nun aber im Ausschuss zugleich eine Beschlussfassung darüber erfolgen sollte, ob das bisherige Verhältnis von Fremdvergaben/Eigenversorgung in den Bereichen Reinigung, Winterdienst und Grünpflege aufrechterhalten werden soll, sorgte bei der Fraktion für Unverständnis. So hatte man sich das ganze nicht vorgestellt.

Weniger Fremdfirmen bedeutet Mehrausgaben beim Personal

Zunächst gab es Ausführungen von Reinhard Langer vom Amt für Gebäudewirtschaft und Friedrich Mayer vom Baubetriebsamt. Langer erklärte, dass im Bereich der Reinigung der städtischen Gebäude jeweils zur Hälfe Fremdfirmen und eigene Mitarbeiter zum Einsatz kommen. Die Kosten der Eigenreinigung liegen bei 34 Euro pro Stunde, jene der Fremdreinigung bei 24 Euro. Aktuell gibt die Stadt Gmünd 1,1 Millionen Euro pro Jahr für vergebene Reinigungsdienstleistungen aus. Demzufolge würden die Mehrausgaben bei einer Zurückführung in die Eigenreinigung 1,1 Millionen Euro jährlich betragen. Langer gab außerdem zu bedenken, dass keine Ganztagesstellen angeboten werden können. Da eher morgens oder abends gereinigt werde, bleibe es ein Hinzuverdienst. Er habe, so Langer, zudem größere Handlungsfreiheit mit Firmen bei der Fremdreinigung, die je nach Bedarf eingesetzt werden können.

Beim Winterdienst beträgt der Umfang der in Fremdvergabe ausgeführten Leistungen etwa 80 0000 Euro, bei der Grünpflege 300 000 bis 350 000 Euro jährlich. Friedrich Mayer sprach von den immer größer werdenden Einsatzbereichen und machte auch auf das Gebäude des Baubetriebsamtes aufmerksam, das zunächst nur ein Provisorium für fünf Jahre sein sollte, inzwischen aber schon 27 Jahre alt ist. „Der Verfall des Gebäudes ist inzwischen fortgeschritten“, so Mayer. „Unsere Kapazität ist bei 135 Mitarbeitern am Ende, wenn man mehr Mitarbeiter will, dann muss man anbauen.“

Gabriel Baum (Grüne) bat, den Beschluss zu verschieben; „das gehört in den Gemeinderat, nicht in den Verwaltungsausschuss“. Hauptamtsleiter Helmut Ott erklärte, dass man über den nichthaushaltswirksamen Antrag der Linken entscheide, nicht über die Mehrkosten. Oberbürgermeister Richard Arnold schlug vor, das ganze auszudiskutieren und eine Empfehlung an den Gemeinderat auszusprechen. Die Anmerkung Arnolds „damit es nicht alle vier Wochen kommt“ missfiel den Linken. Sebastian Fritz erklärte, dass der Antrag einmal im Jahr erfolge. „Das wird auch so bleiben, wenn sich nichts ändert.“ Es gehe seiner Fraktion darum, sachlich und konstruktiv am Thema zu arbeiten.

Hannes Barth (CDU) bezeichnete die aktuelle Situation als alternativlos und fragte an die Linken gerichtet: „Wie wollen Sie das finanzieren?“ Gabriel Baum erklärte, dass seine Fraktion in dem vorliegenden Bericht die Frage der Tariftreue vermisse. Man sei bei den Fremdfirmen schon etwas vom Mindestlohn entfernt, erklärte Friedrich Mayer.

Alessandro Lieb (SPD) unterstützte den Antrag der Linken und deren Bitte, sich inhaltlich damit auseinanderzusetzen und bat, das Thema ergebnisoffen anzugehen. Karin Rauscher (Freie Wähler Frauen) äußerte sich skeptisch und meinte: „Das Geld fehlt uns hinterher an einem anderen Fleck.“ Ähnlich sieht es Ullrich Dombrowski (Bürgerliste): „Wir haben hier Steuergelder zu verantworten.“

„Leistung muss sich lohnen“, sagte Alexander Relea-Linder (Linke), der darum bat, trotz der finanziellen Lage ein politisches Zeichen zu setzen und zudem anmerkte, dass ein besseres Einkommen letztlich auch die Kaufkraft in der Stadt stärke. Das Thema steht am 18. November erneut auf der Tagesordnung – dann im Gemeinderat. Ein Beschluss erfolgte gestern bei der Sportplatzpflege – die Arbeiten vom 1. April 2021 bis 31. März 2022 wurden an die Firma Hermann Kutter zum Preis von 373 382 Euro vergeben.

Bald nur noch Erinnerungen an die Brücke

Das einstige Gemeindezentrum weicht dem Projekt „Eutighofer Tor“

Zügig kommen die Abbrucharbeiten an der Brücke in der Weststadt vorwärts. Auf dem Areal an der Eutighofer Straße entsteht die große Wohnanlage „Eutighofer Tor“. Foto: hs

SCHWÄBISCH GMÜND (hs). Nicht mehr viel zu sehen ist vom früheren Gemeindezentrum Brück in der Gmünder Weststadt. Die Abbrucharbeiten an dem aus den 70er-Jahren stammenden Gebäudekomplex aus Beton kommen rasch voran. Schweren Herzens hatte sich die evangelische Kirche von der Brücke im Zuge der Neustrukturierung ihrer Immobilien von der Brücke getrennt. Viele Erinnerungen an ein reges Gemeindeleben sind mit diesem Gebäude verbunden. Nun entsteht dort die Wohnanlage „Eutighofer Tor“.

Auf der Grundlage einer nach viel Bürgerkritik und engagierten Diskussionen im Gemeinderat mehrfach überarbeiteten Planung von Architekt Thomas Sonnentag wird nun die Firma B&B Holding und Business GmbH Stuttgart in den nächsten zwei Jahren ein neues Wohn- und Geschäftsquartier mit 64 Wohnungen und kleineren Gewerbeeinheiten entlang der Eutighofer Straße (darunter Apotheke, Bäckerei, Café) errichten. Das Projekt ist auf einer Grundstücksfläche von 5500 qm gegliedert in sieben Gebäude mit begrünten Hofbereichen. 76 Tiefgaragenstellplätze sind vorgesehen. Der Geist der früheren Brücke wird ein Stück fortleben: Die Besonderheit der Wohnanlage ist eine etwa 500 Quadratmeter große ambulant betreute Wohngemeinschaft für Senioren sein, die vom Evangelischen Verein eingerichtet und verwaltet wird. Vor allem sollen ältere Mitbürger aus der Weststadt dort wohnen können, um im fortgeschrittenen Alter ihr gewohntes Stadtquartier mit liebgewonnenen sozialen Kontakten nicht verlassen zu müssen. Zudem gibt es Überlegungen, das liebgewonnene Backhäusle auf der Rückseite der Brücke vor dem Abriss zu retten.